



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

### **1. Sitzung (öffentlich)**

5. Juli 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:10 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Peter Biesenbach (CDU) (amtierender Vorsitzender)  
Christian Dahm (SPD) (Vorsitzender)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte:**

- |          |  |          |
|----------|--|----------|
| <b>1</b> | <b>Konstituierung</b>  | <b>5</b> |
|          | Der Ausschuss konstituiert sich unter dem Vorsitz seines lebensältesten Mitglieds Peter Biesenbach (CDU). Dem Ausschuss gehören nach Vereinbarung der Fraktionen 25 Mitglieder an, davon 11 der Fraktion der SPD, 7 der Fraktion der CDU, 3 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2 der Fraktion der FDP und 2 der Fraktion der PIRATEN. |          |
| <b>2</b> | <b>Wahl des bzw. der Ausschussvorsitzenden</b>   | <b>5</b> |
|          | Der Ausschuss wählt einstimmig Christian Dahm (SPD) zum Vorsitzenden.  |          |

**3 Wahl des bzw. der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden 5**

Der Ausschuss wählt einstimmig Marie-Luise Fasse (CDU) zur stellvertretenden Vorsitzenden.

**4 Verschiedenes 6****4.1 Sitzungstermine 6**

Sobald die Vereinbarung der Fraktionen bezüglich eines Sitzungsschemas für die Ausschüsse des Landtags vorliegt, wird der Vorsitzende den Termin für die 2. Sitzung des AKo den Obleuten übermitteln. Dies wird voraussichtlich der 7. September 2012 sein.

Der Vorschlag des Vorsitzenden für die Terminpläne 2012 und 2013 des Ausschusses wird den Obleuten unmittelbar nach der Sommerpause durch das Ausschussbüro mit der Bitte um fraktionsinterne Prüfung zugeleitet.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass gemäß bisher geübter Praxis die Verhinderung einzelner Abgeordneter bezüglich der Ausschusssitzungen über die Vertretungen zu regeln sind.

**4.2 Gesetz über die Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen (Umlagengenehmigungsgesetz – UmlGenehmG) 6**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/46

**4.3 Erstes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen (1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – NKFVG) 6**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/47

#### **4.4 Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts und zur Änderung weiterer kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/48

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung zu dem 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz am 7. September 2012, vormittags, durchzuführen, in der die kommunalen Spitzenverbände gehört werden sollen. In einer Beratungssitzung soll ebenfalls am 7. September 2012 Beschluss gefasst werden.

Bezüglich des Umlagengenehmigungsgesetzes und des Gesetzes zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts kommt der Ausschuss überein, schriftliche Stellungnahmen einholen zu lassen von dem gleichen Sachverständigenkreis wie zu den entsprechenden Anhörungen in der 15. Wahlperiode. Der Fraktion der PIRATEN wird bis zum 12. Juli 2012 die Möglichkeit eingeräumt, zusätzliche Sachverständige zu benennen.

#### **4.5 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes**

7

Gesetzentwurf  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/120

Der Ausschuss kommt überein, hierzu eine Anhörung durchzuführen; Termin und weitere Details werden später festgelegt.

#### **4.6 Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Erster GlüAndStV)**

8

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/17

Der Ausschuss verständigt sich auf eine nachrichtliche Beteiligung an der vom Hauptausschuss beschlossenen Anhörung zu dem Gesetzentwurf.